

Wahlprüfstein Mediaspree versenken! / Antworten PIRATEN

1) „Volksentscheid retten“

Befürworten Sie die angestrebte Verfassungsänderung des Volksbegehrens „Volksentscheid retten“?

Ja.

2) Galvanikbetrieb Otek in der Köpenicker Straße 147 in 10997 Berlin

Befürworten Sie, dass der Senat über 10 Mio Euro dafür ausgibt, dass für einen Privatinvestor Bauhindernisse beseitigt werden?

Nein. Der dortige Betrieb ist als Seveso-II-Betrieb ohnehin mittelfristig zu verlagern, denn er kann sich dort nicht weiterentwickeln. Mit einem "goldenen Handschlag" sollte man ihn aber nicht herauskaufen, sondern zunächst versuchen, eine Bestandsentwicklung des Geländes, Freiflächen am Ufer und verträgliche Weiternutzung des historischen VICTORIA-Speichers zu organisieren. Hierzu hat unsere Bezirksfraktion im bezirklichen Bauausschuss bereits sinnvolle Vorschläge unterbreitet. Umwandlung des Areals zu einem gehobenen Wohnstandort in privater Wasserlage, wie von Bauinteressenten angestrebt, lehnen wir ab.

3) Kommunalisierung der Cuvry-Brache

Nachdem der Investor seine Pläne für die „Cuvry-Höfe“ aufgegeben hat, fordert Mediaspree versenken! die Kommunalisierung der Fläche. Der Senat sollte die Planungshoheit an den Bezirk zurückgeben. Dieser sollte einen neuen, demokratischen Planungsprozess für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung der Fläche umsetzen. Werden Sie die Kommunalisierung der Cuvry-Brache betreiben und die sozial verträgliche und ökologische Entwicklung der Fläche ermöglichen?

Wir stimmen einer Rückgabe der Planungshoheit an den Bezirk ohne Vorbehalt zu und fordern diese auch ein. Die Gründe für das An-Sich-Ziehen des Planungsrechts durch den Senat bestehen nicht mehr fort. Weder ist dort großflächiger Einzelhandel geplant noch ein großer Wohnstandort mit mehr als 200 WE.

4) (Re-)Kommunalisierung von Privat-Grundstücken

Mediaspree Versenken! fordert die (Re-)Kommunalisierung bestimmter Grundstücke an der Spree, z.B. das hinter der East-Side Gallery gelegene Grundstück von Alon Mekel (Mühlenstraße 61-63, 10243 Berlin), Zapf-Grundstück (Köpenicker Straße 14, 10997 Berlin) und das Agromex-Grundstück (Fanny-Zobel-Straße, 12435 Berlin, Flurstück 139). Wie stehen Sie dazu?

Mindestens die Uferbereiche sind entweder zu kommunalisieren oder mit öffentlichen Wegerechten zu belasten. Die Vision des Volksentscheides "Spreeufer für alle" muss realisiert werden können. Jeder mögliche Schritt auf diesem Weg sollte engagiert verfolgt werden. "Auf zu freien Ufern" darf keine Sprechblase, sondern muss Realität werden können. Uns fehlt bei den derzeitigen Akteuren im Senat und im Bezirksamt jeder Biss und jedes Engagement, u diesem Ziel zügig näher zu kommen.

5) Erhalt öffentlichen Grundbesitzes an der Spree

Mediaspree versenken! fordert, dass Grundstücke, die bisher noch in öffentlicher Hand sind, z.B. Dämmisol, (Köpenicker Straße 22-29, 10997 Berlin), Osthafen (Stralauer Allee, 10245 Berlin) unter keinen Umständen privatisiert werden. Unterstützen Sie diese Forderung?

Ja, ausdrücklich.

6) A100 16. Bauabschnitt

Mediaspree Versenken! fordert, dass der 16. Bauabschnitt der A100 nur für Busse, Taxis, Rettungskräfte, Polizei, Fahrräder und Fussgänger freigegeben wird, damit ein Dauerstau rund um die Eisenbrücke vermieden wird. Wie stehen Sie dazu?

Eine solche Nutzungsbeschränkung wäre sehr reizvoll, würde aber planungsrechtswidrig sein und eine gigantische Steuermittelverschwendung bedeuten. Daher sind wir in diesem Punkt realistisch, und kämpfen gegen den 17. BA, der noch zu verhindern ist. Der 16. BA wird früher oder später seine Funktion verlieren in dem Maß, in dem in der Stadt Radverkehr, ÖPNV und kurze Wege gefördert werden. Langfristig sehen wir in einer Autobahntrasse in dicht besiedelten Gebieten wie Großstädten keine Zukunft. Der Rückbau oder die Umwidmung werden letztlich kommen. Time will tell. Auch solche dicken Bretter bohren wir langfristig auf, versprochen!

7) A100 17. Bauabschnitt

Befürworten Sie, dass der 17. Bauabschnitt der A100 (Verlängerung bis zur Frankfurter Allee) gebaut wird?

Keinesfalls. Hier würde erneut, unter stadträumlich äußerst beengten Verhältnissen, der Rekord im teuersten Autobahnkilometer Deutschlands getoppt werden. Ein laufender Meter der Trasse wird voraussichtlich über eine viertel Millionen Euro verschlingen. Dazu kommen die bekannten, negativen Auswirkungen auf den Ortsteil und den Nahbereich der Trasse und der Ein- und Ausfahrten. Unser Botschaft ist klar: Weiterbau der A 100 NEIN.

8) Veränderung des Bezirksverwaltungsgesetzes und der Berliner Verfassung

In einem im Mai veröffentlichten IHK-Papier heißt es wörtlich: „Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen muss, begleitet von einem breiten Beteiligungsprozess, eine Gesetzesänderung vorgenommen werden. Das Bezirksverwaltungsgesetz und die Berliner Verfassung sollen generell dahingehend geändert werden, dass Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können.“

Wie stehen Sie dazu, dass eine undemokratische Forderung, die eine Verschlechterung der Bürgerrechte darstellt, in das Bezirksverwaltungsgesetz und der Berliner Verfassung eingebracht werden soll, damit Bauleitpläne bereits ab dem Aufstellungsbeschluss nicht mehr Gegenstand von Volks- oder Bürgerbegehren sein können?

Wir halten diese Forderung der IHK für grob verfassungsfeindlich. Um es plakativ auszudrücken: Vorschläge von Verfassungsfeinden sind für uns ein No Go. Die Bürgerbeteiligung muss eher ausgebaut als weiter beschnitten werden. Ein Blick nach Bayern zeigt: es gibt sogar konservative Bundesländer, in denen eine Mehrheit der Wahlbevölkerung einen B-Plan per Abstimmung, auf

Dauer (!), verhindern kann. Wir streben eher eine solche Erweiterung von Volkinitiativrechte unserer Bevölkerung denn eine Beschränkung an.

9) East Side Gallery als Weltkulturerbe

Teilen Sie die Auffassung, dass die „East Side Gallery“ in Berlin-Friedrichshain entlang der ehemaligen DDR-Grenze nicht nur ein weltbekanntes Denkmal und Symbol der Teilung und Vereinigung Berlins und Deutschlands und Anziehungspunkt für Zehntausende Besucher ist, sondern auch ein einmaliges Dokument künstlerischer Gestaltung der Aufarbeitung dieses Teiles deutscher Geschichte darstellt, das es Wert ist, auch als Einstufung als Weltkulturerbe der UNESCO vorgeschlagen und anerkannt zu werden, und welche Unterstützung würden Sie hierzu leisten in Gestalt von Bemühungen um Aufnahme in den Katalog des Weltkulturerbes?

Ja. Die Zulassung diverser Mauerdurchbrüche, zuletzt um das Bauprojekt "Living Levels" des Herrn Hinkel, ein ausladender 14-geschossiger grottenhäßlicher Wohnblock genehmigen zu können, schränkt allerdings die Chancen für das UNESCO-Weltkulturerbe ein. Versuchen sollte man es dennoch. Wir sind bereit, entsprechende parlamentarische Initiativen zu starten.